



SEITE 2
1. Mai 2011: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zum Tag der Arbeit

SEITE 3
Arbeitnehmerfreizügigkeit: Schwarz-Gelb ignoriert die Probleme



SEITE 4
Im Interview: Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 5
SPD: Fahrplan zur Energiewende



SEITE 6/7
Kurswechsel: Rückenwind für die maritime Wirtschaft

SEITE 8
Europa: Aus der Krise lernen

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 3/2011

Energiewende schafft Arbeit

Die SPD hat die Weichen dafür schon vor 20 Jahren gestellt.

Atommoratorium und Ethikkommission – während Schwarz-Gelb nichts als Symbolpolitik einfällt, hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Energiepolitik klar formuliert: Mit dem „Energieprogramm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung“ zeigen die Sozialdemokraten, wie eine wirtschaftlich innovative und sozial gerechte Energiewende aussehen muss. Nicht zum ersten Mal. „In diesen Wochen beweist sich einmal mehr, dass die SPD in den 90er Jahren die Weichen richtig gestellt hat“, betont der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank Walter Steinmeier: mit einer ökologischen Steuerreform, dem Atomausstiegskonsens und dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz. 350 000 neue Jobs sind so entstanden. Deutschland ist wirtschaftlich und technologisch zum Vorreiter in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz geworden. Schwarz-Gelb hat diese Erfolgsstory zunichte gemacht.

Das jetzt von der Bundesregierung eilig verfasste Röttgen-Brüderle-Papier bleibt wieder hinter den Notwendigkeiten „und hinter dem bereits 2009 erreichten Stand der Energiewende zurück“, kritisiert der umweltpolitische



Mit Erneuerbaren Energien lassen sich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und wirtschaftlicher Erfolg verbinden.

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch.

Ähnlich sieht das SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. Schwarz-Gelb habe nicht nur die Laufzeiten alter Schrottmehler verlängert, sondern auch „viele unserer Maßnahmen für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gestoppt, gekürzt und gestrichen“.

tigung erreicht und mit guten, fair entlohnten Arbeitsplätzen verbindet. Leistung muss sich lohnen. Daher muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Realität werden. Und wir kämpfen für gute Arbeit, die familienfreundlich ist, Aufstiegsmöglichkeiten ermöglicht und den Gesundheitsschutz garantiert. Das ist das Mindeste!“ ■

Mehr auf Seite 2

Das Energieprogramm der SPD-Fraktion geht einen anderen Weg. Die zurzeit abgeschalteten acht AKW sollen dauerhaft vom Netz bleiben, der Atomausstieg in diesem Jahrzehnt verwirklicht werden. „Dieser beschleunigte Ausstieg erfordert zugleich eine beschleunigte Energiewende“, betont Dirk Becker, stellvertretender energiepolitischer Sprecher

der SPD-Bundestagsfraktion. Wie das geht, zeigt das Energieprogramm: Mehr Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz, mehr Gebäudesanierung, bessere Netze und Speicher sowie ganz neue Konzepte für Mobilität. Das ist verantwortungsbewusste Umwelt- und Energiepolitik aus einem Guss. ■

Mehr auf den Seiten 4/5

Faire Löhne, gute Arbeit

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion zum 1. Mai 2011: „Wir Sozialdemokraten unterstützen das DGB-Motto aus vollem Herzen. Denn faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit sind zentrale Ziele unserer Politik. Deutschland kann eine Arbeitsgesellschaft bleiben, die Vollbeschäftigung

25 Jahre Tschernobyl, 25 Jahre SPD-Atomausstieg

Bereits im Jahr des atomaren GAU in Tschernobyl hat die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg 1986 eine „sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ sowie eine „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke“

gefordert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Ziele immer verfolgt und in der rot-grünen Regierungszeit mit Atomkonsens und dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz die richtigen Konsequenzen gezogen: Energiewende statt Risikotechnologie.



Total Banane!

Fairness für Arbeitnehmer bei Schwarz-Gelb? Fehlanzeige!

Johannes Vogel (FDP) hofft, dass die Arbeitgeber der Zeitarbeitsbranche zusammen mit den Gewerkschaften eine „kluge Lösung“ zum Thema „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ („Equal Pay“) finden.

Wir meinen: Entweder man setzt gleiche Bezahlung durch – oder nicht. Dazwischen gibt es keine „kluge Lösung“.

Da die Arbeitgeber das aber blockieren, ist die Bundesregierung gefragt.

Wer dachte, die Regierungsfractionen hätten zumindest noch etwas übrig für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage, wird vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden **Volker Kauder** eines Besseren belehrt. Im Rahmen einer Bundestagsdebatte sprach sich Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, für einen besseren Schutz von Beschäftigten aus, die Missstände in ihren Unternehmen aufdecken und so Verbraucherschutz-Skandale verhindern. **„Sie fördern Blockwart-Mentalität“, schmetterte Kauder daraufhin wütend ins Plenum.**

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber meint dazu: **„Wer mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich trotz der Gefahr entlassen zu werden für das Allgemeinwohl einsetzen, mit Nazi-Spitzeln gleichsetzt, der hat aus meiner Sicht im Deutschen Bundestag nichts verloren.“**

Florian Toncar (FDP) weiß übrigens schon genau, wie man die Energiewende finanziert: Für mögliche Investitionen **„muss der Sparkurs woanders verschärft werden.“**

Wir meinen: Wer nur ein politisches Mittel kennt, findet nie die richtigen Lösungen.

Rotstift für Förderung

Schwarz-Gelb will die Arbeitsmarktinstrumente „effektiver“ machen und ihre Zahl von 42 auf rund 30 reduzieren. Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt: Wer gleichzeitig die Finanzmittel für Arbeitsförderung streicht, will nur eines – sparen.

Das ist Unsinn“, empörte sich Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kürzlich über die Frage der „Süddeutschen Zeitung“, ob sie Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage mache. Die Reform der Arbeitsmarktinstrumente habe „allenfalls indirekt mit unseren Sparbemühungen zu tun“. Glauben mag ihr das niemand. Allein in diesem Jahr sollen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik 2,5 Milliarden Euro eingespart werden. Insgesamt wird von der Leyens Etat bis 2014 um sieben Milliarden Euro zusammengestrichen. Das gehe „definitiv und ohne jeden Zweifel zu Lasten der Arbeitslosen“, erklärt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. „Einen derartigen Betrag kann niemand unbemerkt einsparen.“

In der Tat: Was von der Leyen dem schwarz-gelben Koalitionsausschuss

an Eckpunkten vorgelegt hat, nennt etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund ein „Streichkonzert“. Selbst unbestritten erfolgreiche Arbeitsmarktinstrumente wie der so genannte Existenzgründerzuschuss werden gekappt. „Von der Leyen will nicht Chancen eröffnen, sondern schlichtweg Geld sparen“, kommentiert Katja Mast, stellvertretende arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Schwarz-Gelb verpasst mit dieser Politik die Chance, im aktuellen Aufschwung auch Langzeitarbeitslosen zu einem Job zu verhelfen. „Immer mehr Unternehmen suchen händeringend Fachkräfte, andererseits verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil. „Eine solche Spaltung des Arbeitsmarktes dürfen wir nicht zulassen.“

Das besonders Perfide an von der Leyens Papier: Den „schwarzen Peter“ für die Kürzungen schiebt sie den örtlichen JobCentern zu. Denn die meisten Fördermaßnahmen will Schwarz-Gelb nicht formal streichen, sondern von Pflichtleistungen in so genannte Ermessensleistungen umwandeln: Die Vermittler vor Ort sollen individuell und dezentral entscheiden, ob und wann sie eine Maßnahme genehmigen.

„Was sich gut anhört, ist bei paralleler Mittelkürzung aber eine Abschaffung der Förderung“, kritisiert Mast. „Das Gesamtbudget wird so stark gekürzt, dass im JobCenter nicht mehr entschieden wird, welche Maßnahme sinnvoll wäre, sondern für welche noch Geld da ist.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Das ist das Mindeste!

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zum 1. Mai 2011

„Das ist das Mindeste! Faire Löhne – Gute Arbeit – soziale Sicherheit“ lautet das Motto, unter dem die Gewerkschaften zu den Kundgebungen am 1. Mai 2011 aufrufen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt, was das Mindeste ist, das die Gewerkschaften von der Politik erwarten. Die Ereignisse in Japan haben uns wachgerüttelt. Hunderttausende Menschen haben gegen die Atomenergie demonstriert, im ganzen Land wird über die Energiepolitik der Zukunft diskutiert. Zu Recht. Fukushima mahnt uns alle, aus einer Technologie auszusteigen, die sich selbst für das High-Tech-Land Japan als unbeherrschbar erwiesen hat.

Nicht nur in der Energiepolitik gibt es viel zu tun. Deutschland ist in Schieflage geraten, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Arbeitnehmerschaft hat einen großen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Ausgezahlt hat es sich für sie nicht, Niedriglöhne, befristete Jobs und unsichere Arbeit breiten sich weiter aus. Und trotz vollmundiger Versprechungen sind die Finanzmärkte noch immer nicht wirksam reguliert, um die Menschen und auch die Unternehmen vor dem nächsten Crash zu schützen.



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer unterstützt die SPD-Kampagne „Guter Lohn für Gute Arbeit“. Mehr: www.spd.de

Die Forderungen der Gewerkschaften sind bekannt, sie haben sich nicht geändert, und sie sind das Mindeste, was wir durchsetzen wollen: Wir lassen bei der Leiharbeit nicht locker im Kampf um die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zusätzlich zu den wichtigen Branchenmindestlöhnen fordern wir den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde als unterste Lohngrenze. Und gute Arbeit muss gut bezahlt werden, der Lohn muss reichen, um die eigene

Familie zu ernähren und Altersarmut vorzubeugen.

Auch für die Rente brauchen wir kluge Lösungen, d.h. flexible Übergänge in den Ruhestand statt Rente mit 67. Und im Gesundheitssystem sowie in der Pflege ist es Zeit für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Am 1. Mai demonstrieren wir für eine gerechte soziale Ordnung: Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und soziale Sicherheit für alle! Das ist das Mindeste! ■

Schwarz-Gelb ignoriert die Probleme

Damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU nicht zu Lohndumping führt, fordert die SPD klare Regelungen.

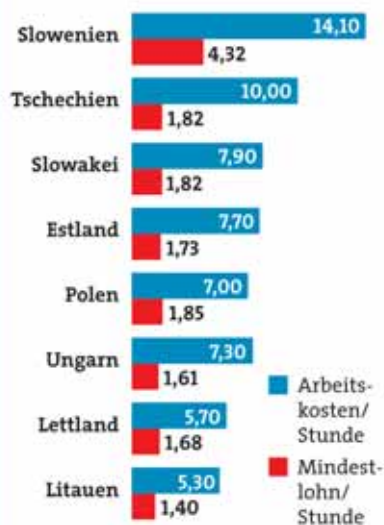
Ab 1. Mai können Arbeitnehmer aus acht der zehn osteuropäischen EU-Staaten ohne jede Einschränkung eine Beschäftigung in Deutschland annehmen. Zudem fallen auch die Beschränkungen für die Entsendung von Arbeitnehmern aus diesen Ländern und für die grenzüberschreitende Leiharbeit weg. Europa wächst mit der uneingeschränkten Geltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit weiter zusammen – das ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion gut und richtig.

„Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine Chance für alle Arbeitnehmer in Europa“, erklärt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. „Wir müssen aber die Gefahr bannen, dass ausländische Arbeitnehmer nach Deutschland in den Niedriglohnsektor entsandt werden und Arbeitsplätze von hiesigen Arbeitnehmern gefährden.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb bereits im Januar in ihrem Antrag zur Arbeitnehmerfreizügigkeit klare Regelungen für „faire Mobilität und soziale Sicherung“ gefordert. Dazu gehören vor allem ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn und die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, vor allem in der Leihar-

Freizügigkeit für acht Länder

Arbeitskosten pro Stunde in der privaten Wirtschaft* sowie gesetzlicher Mindest-Stundenlohn** (in Euro)



*Stand: 4. Quartal 2010, **Stand: Januar 2011
Quelle: Destatis / Eurostat / Hans-Böckler-Stiftung

Ob Arbeitskosten oder Löhne – die Unterschiede zwischen Deutschland und den EU-Beitrittsländern sind nach wie vor erheblich. Die SPD befürchtet, dass ohne klare Regelungen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zu weiterem Lohn- und Sozialdumping führt.

beit. „Wir wollen, dass die Arbeitnehmer aus den Staaten, die ab 1. Mai ohne zusätzliche Arbeitsgenehmigung

zu uns können, faire Löhne und gute Bedingungen vorfinden“, betont Kramme. „Dazu fordern wir die Regierung auf, für Deutschland einen allgemeinen Mindestlohn, eine gute und mehrsprachige Beratung für alle entsandten Arbeitnehmer und eine angemessene Kontrolle der Arbeitgeber sicherzustellen.“

Doch auch hier versagt die Bundesregierung – selbst wenige Tage vor der Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit hat sie noch keinerlei Initiative ergriffen. Einzige Ausnahme: Ab 1. Mai soll ein Mindestlohn in der Leiharbeit gelten – durchgesetzt von den Sozialdemokraten im Vermittlungsausschuss zur Arbeitsmarktreform. „Die Bundesregierung ignoriert die Probleme, die ab 1. Mai auf unserem Arbeitsmarkt auftreten werden“, fasst Josip Juratovic, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion, zusammen. Jüngstes Indiz – die Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zur Arbeitnehmerfreizügigkeit am 6. April: „Dass wir in der Anhörung nur Oppositionsanträge zur Arbeitnehmerfreizügigkeit behandelt haben, zeigt, dass sich Schwarz-Gelb noch keinerlei Gedanken zu diesem Thema gemacht hat“, so Juratovic. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Energiewende jetzt!



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das Reaktorunglück in Fukushima hat auch den letzten Zweifel vor Augen geführt, dass wir aus der Kernenergie raus müssen. Die Bundesregierung musste ihre verantwortungslose Abkehr vom Atomausstieg, den die SPDgeführte Bundesregierung Anfang dieses Jahrtausends eingeleitet hatte, zurücknehmen. Jetzt geht es erneut darum, eine umfassende Energiewende für unser Land zu gestalten, die sozial gerecht, ökonomisch nachhaltig und ökologisch zukunftsfähig vollzogen wird.

Atomkraft hat in unserem Land keine Zukunft. Wir brauchen jetzt einen neuen gesellschaftlichen Konsens, wie Energiepolitik ohne Atomkraft funktioniert. Die SPD hat das Ziel, die gesamte Energieversorgung langfristig aus erneuerbaren Energiequellen sicherzustellen. Die Energiewende wird nicht von heute auf morgen stattfinden können, und sie wird hohe Investitionen erfordern. Wir müssen dafür sorgen, dass Strom für die Bürger bezahlbar ist und der Standort Deutschland für die Industrie attraktiv bleibt. Wir müssen die Chancen in diesem Wandel nutzen, denn die Energiewende wird auch neue Arbeitsplätze schaffen. Deutschland ist dank unserer Politik zum Vorreiter bei Erneuerbaren Energien geworden. Schwarz-Gelb hat viel kaputt gemacht. Nun müssen wir uns anstrengen, um wieder nach vorn zu kommen. Um die Energiewende zu erreichen, brauchen wir eine grundlegende Erneuerung der Infrastruktur. Dazu zählen hocheffiziente Gaskraftwerke, ein höherer Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung, neue Stromnetze, der Ausbau Erneuerbarer Energien, eine klimaschonende Verkehrspolitik und ein wirkungsvolles Gebäudesanierungsprogramm. ■



70 Mädchen aus ganz Deutschland besuchten die SPD-Bundestagsfraktion am 14. April, dem Girls' Day 2011. Die Fraktion hatte sie an diesem Mädchen-Zukunftstag eingeladen, um ihnen Einblicke hinter die Kulissen der Berliner Republik zu verschaffen. Denn auch in der Politik werden mehr Frauen gebraucht.

Einklagbare Rechte notwendig

Die Europäischen Betriebsräte (EBR) stärken, das ist das Ziel der 2009 überarbeiteten EBR-Richtlinie der EU. Die Tätigkeit der EBR ist ein Kernstück des sozialen Europas. Sie gewährleisten eine wirkungsvolle Arbeitnehmerbeteiligung in europaweit agierenden Unternehmen. Inzwischen gibt es europaweit über 900 Euro-Betriebsräte. Bis Juni 2011 muss die novellierte Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Das am 7. April im Bundestag mit den Stimmen von Schwarz-Gelb verabschiedete Gesetz für Europäische Betriebsräte enthält aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion wichtige Verbesserungen für die praktische Arbeit der EBR, weist aber dennoch „entscheidende Mängel“ auf, so Anette Kram-

me, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

So will Schwarz-Gelb für Verstöße gegen das Gesetz maximal Sanktionen von 15 000 Euro verhängen – Peanuts für große Unternehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Gesetzentwurf angemessene und abschreckende Sanktionssummen – wie in der EU-Richtlinie vorgesehen. Sie will auch einen Unterlassungsanspruch einführen, wenn ein Unternehmen den EBR nicht oder nicht rechtzeitig beteiligt. Notwendig ist aus ihrer Sicht zudem ein Zutrittsrecht für die EBR-Mitglieder in allen Niederlassungen: Wenn ein ausländischer Euro-Betriebsrat die deutsche Belegschaft unterrichten will, darf er nicht am Betreten des Betriebs gehindert werden. ■



»Bei der Energiewende geht es auch um neue Arbeitsplätze«

Die Energiewende schützt das Klima und kann gleichzeitig für Versorgungssicherheit, stabile Energiepreise und jede Menge Arbeitsplätze sorgen. Doch diese Erfolgsstory hat unter Schwarz-Gelb keine Chance, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber im Interview.

Vor einigen Wochen hätte kaum jemand gedacht, dass auch Schwarz-Gelb versuchen wird, den Wiedereinstieg in den Atomausstieg zu schaffen – mal abgesehen von schwarz-gelber Symbolpolitik: Wie müsste jetzt eine echte Energiewende aussehen?

Ein wichtiger Schritt wäre die Wiederaufnahme der Energiewende, die es ja vor der Laufzeitverlängerung und vor Schwarz-Gelb längst gegeben hat. Die Bundesregierung hat nicht nur die Laufzeiten der ältesten Schrottemeiler verlängert, sondern ganz viele unserer Maßnahmen für Energieeffizienz und für Erneuerbare Energien gestoppt, gekürzt und gestrichen. Schwarz-Gelb hat die sozialdemokratische Erfolgsstory „Mehr Klima-

schutz, mehr Arbeitsplätze“ damit massiv beschädigt.

Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Brüderle rühmen sich aber damit, im vergangenen Herbst das erste langfristig angelegte Energiekonzept für Deutschland aufgestellt zu haben. Widerspruch von Ihnen als Sozialdemokrat?

Minister Röttgen sollten wir mal zur Eiskunstlauf-WM schicken. Jemand, der in ein und derselben politischen Angelegenheit vierfache und fünffache Toeloops drehen kann, könnte Deutschland da ganz gut repräsentieren. Röttgen vertritt mit Verve und weit ausholenden Gesten innerhalb von 24 Stunden völlig gegensätzliche Positionen. Das so genannte Energiekonzept der Bundesre-

gierung war eine Laufzeitverlängerung für die Atomkonzerne, garniert mit ein paar Stichworten außen rum. Mehr nicht. Wichtige Aspekte haben völlig ge-

„Unser Ziel: sicher, sauber und bezahlbar.“

Ulrich Kelber

fehlt. Im Bereich der Energieeffizienz gab es beispielsweise nur Lippenbekenntnisse, während gleichzeitig in anderen Gesetzen die Rahmenbedingungen verschlechtert wurden.

„Schwarz-Gelb hat die Erfolgsstory ‚mehr Klimaschutz, mehr Arbeitsplätze‘ massiv beschädigt.“

Ulrich Kelber

Unter der SPD-geführten Bundesregierung ist unter anderem das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen worden. Ziel des Gesetzes war auch, die ökonomischen Chancen und die Job-potenziale des Klimaschutzes zu nutzen. Wie sieht die Bilanz dieser Politik heute aus?

Bei der Energiewende geht es immer auch um Arbeitsplätze. Wir erfüllen mit ihr unsere Klimaschutzverpflichtungen, wir werden wahrscheinlich sogar eine friedlichere Welt haben, weil es weniger Konflikte um Ressourcen gibt. Und gleichzeitig haben wir dadurch noch ökonomische Vorteile und schaffen neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Eine Kombination, die es sonst so nicht gibt – das ist das Spannende daran. Und das hat Schwarz-Gelb nie verstanden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz allein hat in Deutschland 350 000 neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Und diese Zahl könnten wir in absehbarer Zeit verdoppeln, wenn wir auf dem eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und nicht abbremsen – wie CDU, CSU und FDP es jetzt machen. Aber auch im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, die wir massiv gefördert haben, ist eine gute Viertelmillion Arbeitsplätze geschaffen und gesichert worden – auch hier streicht Röttgen die Förderprogramme um 60 Prozent zusammen.

Zur Energiefrage gehört immer auch die richtige Infrastruktur. Ist Deutschlands Infrastruktur für die Zukunft gut gewappnet?

Deutschlands Infrastruktur ist eindeutig nicht gut gewappnet für die Herausforderungen, die vor uns liegen. Weder bei den Kraftwerken, noch bei den Netzen, noch bei Gebäuden und auch nicht bei der Art und Weise, wie wir Verkehr organisieren. Die ganze Situation hat sich seit Amtsantritt von Schwarz-Gelb allein dadurch verschlechtert, dass keiner mehr wusste, in welche Richtung er investieren soll. Eine Volkswirtschaft, in der nicht mehr investiert wird, schrumpft und fällt zurück im Wettbewerb mit anderen. Chinesen, Koreaner und Japaner nehmen bei Investitionen in Erneuerbare Energien

und Energieeffizienz ebenso Tempo auf wie Brasilien oder einige US-Bundesstaaten. Und während diese Länder Fahrt aufnehmen, bremsen wir unter Schwarz-Gelb ab. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Warum nicht?

Bei den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur sprechen wir über erkleckliche Summen. Über die Jahre hinweg werden das, alle Bereiche zusammen genommen, Hunderte Milliarden Euro sein. Investitionen in die Infrastruktur und in die Energiewende sind aber gute und wichtige Investitionen, die uns auch volkswirtschaftlich nach vorne bringen. Übrigens müsste Deutschland auch ohne Energiewende Milliarden investieren – in die Modernisierung überholter Atommeiler und fossiler Großkraftwerke. Ansonsten findet da unter

„Deutschlands Infrastruktur ist eindeutig nicht gut gewappnet für die Herausforderungen, die vor uns liegen.“

Ulrich Kelber

Schwarz-Gelb bisher aber gar nichts statt. Das Wirtschaftsministerium ist ein Totalausfall. Und der Umweltminister denkt nur an die Schlagzeile von morgen, nicht aber an die Versorgungssicherheit von übermorgen oder bezahlbare Energie auch in zehn Jahren.

Sie sprechen von Investitionen in Milliardenhöhe – wird durch die Energiewende Strom zwangsläufig teurer? Oder ist das ein Mythos?

Energie wird teurer werden. Mit oder ohne Energiewende. Das ist ziemlich klar. Die fossilen Energieträger werden teurer, die nuklearen übrigens auch. Der neue finnische Reaktor, einer von zwei, die in Europa im Augenblick gebaut werden, wird subventioniert werden müssen, damit er seinen Strom überhaupt los wird. Auch eine Energiewende wird erstmal Kosten verursachen, weil sie Investitionen erfordert. Wir haben jetzt einige Jahrzehnte von der Substanz bestehender Kraftwerke gelebt. Die hätten ohnehin erneuert werden müssen. Auch unser Stromnetz muss so oder so erneuert werden. Jetzt geht es darum, so zu investieren, dass die Kosten insgesamt stabil bleiben: weil man

nachher weniger Energie verbrauchen muss. Dann bleibt alles bezahlbar. Und genau darum geht es der sozialdemokratischen Energiepolitik. Wir setzen in Zukunft auf die preisstabilen Erneuerbaren Energien, wir wollen in der Übergangsphase mit modernisierten Kraftwerken arbeiten, und wir wollen dabei helfen, dass die Stromrechnungen dadurch klein bleiben, dass man insgesamt viel weniger Energie verbraucht. Dann haben wir unser Ziel erreicht: sicher, sauber und bezahlbar.

Wenn es um Export deutscher Technik geht, scheint Schwarz-Gelb da vor allem an die Atomtechnik zu denken. Und die SPD-Bundestagsfraktion?

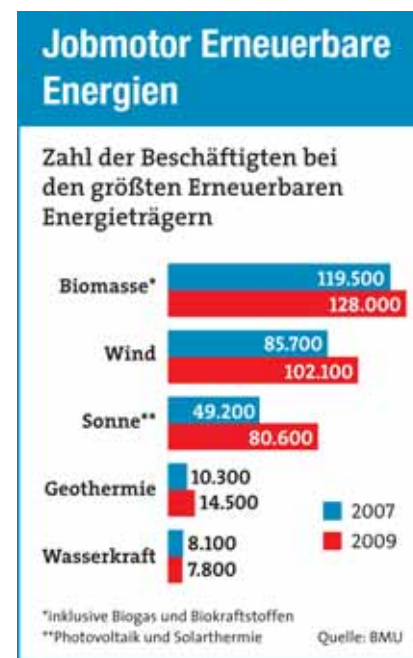
In der Tat. Schwarz-Gelb hat selbst staatliche Hermes-Bürgschaften für Atomkraftwerke in Erdbebengebieten genehmigt – und es soll noch weitere geben. Das werden wir weiterhin bekämpfen. Ich glaube, die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrer Politik gezeigt, dass Deutschland viel erfolgreicher ist, wenn auch andernorts unsere Technologie für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingesetzt wird. Wie gesagt: 350 000 Arbeitsplätze sind so entstanden – die gesamte Atomindustrie stellt gerade einmal 30 000 Arbeitsplätze. Wir in Deutschland zehren momentan noch von einem Technologievorsprung aus sozialdemokratischer Regierungszeit, aber die heutige Regierung füttert nicht mehr nach. Das ist der Fehler von Schwarz-Gelb.

Für einige wird die Energiewende möglicherweise auch den Verlust des angestammten Arbeitsplatzes bedeuten. Gibt es für diese Menschen eine Perspektive?

„Eine Volkswirtschaft, in der nicht mehr investiert wird, schrumpft.“

Ulrich Kelber

Wir werden bei der Energiewende erleben, dass bestimmte Branchen schrumpfen. Das fängt mit der Kernenergie an. Die Atomwirtschaft hat Zusagen gemacht, dass jeder Beschäftigte aus einem Atomkraftwerk, das ausläuft, eine Ersatzbeschäftigung bekommt. Aber auch andere Branchen werden im Zuge der Energiewende schrumpfen – das ist normal in der Wirtschaft. Wir sind uns ganz sicher, dass die Arbeitsplatzeffekte der Energiewende unterm Strich positiv sind. Die Sozialdemokratie wird aber in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften dafür sorgen müssen, dass nachher nicht nur eine schwarze Null unter der Stellenbilanz steht. Wir wollen auch sicherstellen, dass die Menschen, die in einer schrumpfenden Branche beschäftigt sind, mit ihren hohen Qualifikationen in eine der



Rund 350 000 Arbeitsplätze sind im Bereich der Erneuerbaren Energien in Deutschland entstanden – lange Jahre mit steigender Tendenz. Diese sozialdemokratische Erfolgsstory setzt Schwarz-Gelb jetzt aufs Spiel. Zum Vergleich: Die Atomwirtschaft stellt gerade einmal 30 000 Arbeitsplätze.

wachsenden Branchen wechseln können. Wie können wir das fördern? Wie organisieren wir das für jeden einzelnen Beschäftigten? Und wie helfen wir Regionen, die zurzeit noch von den künftig schrumpfenden Branchen leben? Wie sorgen wir dafür, dass gerade dort Neues wachsen kann? Wir sind die einzige Partei, die auch diese Fragen in ihren Energieprogrammen berücksichtigt. Das ist der Strukturwandel, den die Politik steuern und unterstützen muss. ■

Sicher, sauber und bezahlbar...

...ist das Credo moderner sozialdemokratischer Energiepolitik. Während Schwarz-Gelb mit dem „Atom-Moratorium“ auf die Verzögerungstaktik setzt, zeigt die SPD-Bundestagsfraktion, was jetzt getan werden muss, um die **Energiewende** zu schaffen. Die beiden Fraktions-Anträge „Energiewende jetzt“ und „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen, effizienten, bezahlbaren und sicheren Energiesystem“ liegen dem Bundestag vor und machen deutlich: Die Energiewende ist auch für ein Industrieland wie Deutschland machbar und finanzierbar. Wichtiger Eckpunkt: Der Energiemarkt muss sich für einen zunehmenden Anteil variabel und dezentral eingespeisten Stroms aus direkt vermarkteten Erneuerbaren Energien öffnen.

Investieren in die Infrastruktur Damit das gelingt, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion unter an-

derem dafür ein, dass alle Akteure der deutschen Energieversorgung an einem Runden Tisch „Energiesystem“ zusammenkommen. „Deutschlands Infrastruktur ist eindeutig nicht gut gewappnet für die Herausforderungen, die vor uns liegen“, meint der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber: weder bei Kraftwerken noch bei den Stromnetzen oder der Gebäudestruktur und auch nicht beim Verkehr. „Die ganze Situation hat sich seit Amtsantritt von Schwarz-Gelb allein dadurch verschlechtert, dass keiner mehr wusste, in welche Richtung er investieren soll“, kritisiert Kelber. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb auch für einen zukunftsfähigen **Investitions- und Infrastrukturkonsens** ein. Er soll sowohl Investitionen und Finanzierung als auch die gesellschaftliche Akzeptanz für wichtige Infrastrukturprojekte sichern.

Konsequent und transparent Die SPD-Bundestagsfraktion ist auch überzeugt: Diese gesellschaftliche Akzeptanz kann nur gelingen, wenn die künftige Infrastruktur- und Energiepolitik wieder öffentlich und in demokratisch gewählten Gremien stattfindet – und nicht über Geheimverträge und Hinterzimmer-Deals. Ein **neuer Energiekonsens** nebst Atomausstieg muss gemeinsam mit allen Fraktionen im Bundestag erarbeitet und nicht in andere Gremien ausgelagert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf für eine beschleunigte Stilllegung von Atomkraftwerken vorgelegt und einen Sonderausschuss des Bundestags zum Thema vorgeschlagen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

MEHR KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR JUNGE

Im deutschen Kündigungsrecht werden Beschäftigungszeiten erst ab dem 25. Lebensjahr berücksichtigt. Das ist mit EU-Recht nicht vereinbar, hat der Europäische Gerichtshof im Januar 2010 entschieden. Der § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB darf seitdem von deutschen Gerichten nicht mehr angewendet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Gesetzentwurf zur Erweiterung des Kündigungsschutzes für unter 25-Jährige die ersatzlose Streichung des Paragraphen. Die Betriebstreue jüngerer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfe nicht schlechter bewertet werden als die älterer Beschäftigter. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: „Das Prinzip, die Dauer der Kündigungsfrist an die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu koppeln, hat sich bewährt.“ Das schließt auch die Möglichkeit aus, die Kündigungsfristen zu Lasten Älterer zu verkürzen. „Für die SPD ist der Kündigungsschutz mehr als nur ein ökonomischer Wert oder ein betrieblicher Kostenfaktor. Deshalb wollen wir ein wirkungsvolles Kündigungsschutzrecht erhalten“, erklärt Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. ■

MITBESTIMMUNGSFLUCHT VERHINDERN

Mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung nimmt die SPD-Bundestagsfraktion die schwarz-gelbe Koalition in Sachen Unternehmensmitbestimmung in die Pflicht. Aktuelle Zahlen belegen, dass sich in den vergangenen fünf Jahren mehr als 40 Unternehmen mit jeweils über 500 Beschäftigten eine ausländische Unternehmensform zugelegt haben, um mitbestimmte Aufsichtsräte zu umgehen. Neue Schlupflöcher, um die Mitbestimmung auszuhebeln, drohen auch von der auf EU-Ebene geplanten „Europa-GmbH“. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das Anlass, aktiv zu werden und sich für das deutsche Mitbestimmungsmodell einzusetzen. Anders Schwarz-Gelb – die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf. In der Antwort auf die SPD-Anfrage heißt es: Die Gefahr einer Flucht aus der deutschen Mitbestimmung drohe nicht. Es gebe keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Erst wenn sich die Zahlen „signifikant“ erhöhen würden, werde die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen. Wie viele Unternehmen sich aus der Mitbestimmung stehlen dürfen, bis Schwarz-Gelb handelt, lässt die Antwort offen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Kurs setzen für die maritime Wirtschaft

Schwarz-Gelb fehlt der Kompass.

Der maritimen Branche und der Schifffahrt ist es zu großen Teilen zu verdanken, dass die deutsche Wirtschaft nach der Krise so gut dasteht und Deutschland weiterhin Vize-Exportweltmeister ist. Sie gehören zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in der Globalisierung, die auch Arbeitsplätze in küstenfernen Bundesländern schaffen und sichern.

Für die Bundesländer mit Küstenlinie hat die maritime Wirtschaft natürlich besondere Bedeutung. So erklärt Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen: „Die maritime Wirtschaft ist für Bremen eine jahrhundertealte Erfolgsgeschichte mit herausragender Zukunftsperspektive. Deshalb verbinden wir vorhandene Stärken und Standortvorteile der maritimen Wirtschaft und der Wissenschaft: in der Forschung, Entwicklung und Technologie, im Schiffbau, der Hafenwirtschaft, der Logistik, dem See-

verkehr, der Erneuerbaren Energie, Fischwirtschaft und im Tourismus. Wir wollen, dass die maritime Wirtschaft unser Top-Job-Motor bleibt.“

Angesichts der Auswirkungen der Krise und des tiefgreifenden Strukturwandels braucht die maritime Wirtschaft dringend Rückenwind aus der Bundespolitik. Wie so oft verkennt Schwarz-Gelb jedoch die Potenziale bestimmter Branchen und kürzt nach Gutdünken Fördermittel und Investitionen in Infrastruktur und Forschung. „Der Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft ist ein Totalausfall. Er kümmert sich nicht um diesen wichtigen Sektor der deutschen Wirtschaft. Union und FDP gefährden mit ihrer Tatenlosigkeit die Zukunftsperspektiven der Branche“, kritisieren deswegen der verkehrspolitische und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Beckmeyer und Garrelt Duin.

Die SPD hat schon lange verstanden, was zählt: zukunftsorientierte Industriepolitik, Forschung, Entwicklung, Innovation in der Schiffstechnologie und im Energiebereich. Deswegen fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die Vernetzung von Seehäfen und Wirtschaftszentren im Landesinnern voranzutreiben. Dafür ist der Ausbau von Straßen, Schiene und Wasserwegen zentral, damit der Gütertransport reibungslos laufen kann.

Neben Verkehrs- und Transportwegen sind Meere aber auch wichtige Ökosysteme, Klimafaktoren und Energiespeicher. Deswegen muss die Ökobilanz der Schifffahrt verbessert werden. Dazu trägt auch die Nutzung der Windenergie bei. Damit von Offshore-Windparks die gesamte maritime Wirtschaft und die Zulieferindustrie profitieren, fordert die SPD-Fraktion klare rechtliche Standards und ein Gesamtkonzept für die Branche. ■

Freiwilligkeit reicht nicht aus

Noch immer verdienen Frauen hierzulande im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Dass sich das ändern muss, darüber sind sich alle Fraktionen einig. Doch über die Instrumente herrscht Uneinigkeit. Während Schwarz-Gelb weiterhin auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft setzt, hat die SPD-Bundestagsfraktion Eckpunkte für ein Gesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit vorgelegt. „Freiwilligkeit reicht nicht aus. Wir brauchen gesetzliche Grundlagen, die eindeutig sind, nicht empfehlend“, erklärt Caren Marks, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Gesetzesvorschlag der SPD, der am 7. April erstmals im Bundestag diskutiert wurde, baut auf drei Säulen: Transparenz, Analyse und Verbindlichkeit. Viele Frauen wissen nicht einmal, ob sie weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen – so intransparent sind die Entgeltstrukturen in etlichen Unternehmen. „Um Entgeltgleichheit zu erreichen, muss die Ungleichheit erkannt werden können – dazu brauchen wir Transparenz“, erklärt Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Der Gesetzesvorschlag sieht die regelmäßige



Am 25. März beteiligten sich wieder zahlreiche SPD-Abgeordnete an den Aktionen zum „Equal Pay Day“. Ihr Ziel: die Lohndiskriminierung von Frauen beseitigen.

Abfassung von Entgeltberichten vor, die der Anti-Diskriminierungs-Stelle vorgelegt werden.

Die Entgeltberichte werden zunächst cursorisch geprüft. Sollte in einem Fall die anfängliche Annahme von Entgeltungleichheit bestehen, wird das Unternehmen zu einer detaillierten, expertengestützten Prüfung verpflichtet. Gleichzeitig wird im Gesetzentwurf großer Wert auf Datenschutz gelegt – die Daten werden anonymisiert ausgewertet. „Der Reiz dieses

Gesetzes ist, dass die Betriebe zum Handeln verpflichtet werden“, erklärt Christel Humme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellung der SPD-Fraktion. Ziel des Gesetzes ist es, die Verantwortlichen dazu anzuhalten, ihre Entgeltsysteme eigenständig diskriminierungsfrei zu gestalten. Erst, wenn die Unternehmen sich nach der Feststellung von Entgeltungleichheit nicht bewegen, greifen verbindliche Regelungen zur Beseitigung der Entgeltdiskriminierung. ■

Zukunft für Deutschland

Die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte.

Im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen will die SPD-Bundestagsfraktion Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten. Dazu hat sie mehrere Projekte beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion will „im offenen Dialog mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten fundierte Politik entwickeln“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier – und die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten. Denn Schwarz-Gelb ist am Ende und nicht in der Lage, die drängenden politischen Herausforderungen zu meistern. „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten“, sagt Steinmeier. „Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig.“

Auf ihrer Klausur Mitte Januar hat die SPD Fraktion dazu das Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ beschlossen. „Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch Bildung und Arbeit“, beschreibt Steinmeier die Intention. Das Arbeitsprogramm weist die Richtung: „Wir wollen die Spaltung verhindern und die Mitte stärken. Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist unser Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.“

Mit der Einrichtung von **sieben Projektgruppen** hat die SPD-Bundestagsfraktion einen entscheidenden Schritt zur Umsetzung ihres Programms gemacht. Alle Projekte sind Querschnittsaufgaben. Die SPD-Abgeordneten in den Projektgruppen werden in den kommenden Monaten zentrale Modernisierungsfragen im Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen bearbeiten. Ziel sei es, „Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben“, so Steinmeier. „Gute Arbeit“ stellt die Projekte und deren Verantwortliche vor.

In der Projektgruppe „**Infrastrukturkonsens**“ erarbeiten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch federführend ein Investitions- und Infrastrukturkonzept zur Modernisierung der Netze in den Bereichen Verkehr, Energie, Kommunikation und Gebäudebestand. Sie beschäftigen sich etwa mit der Frage,



Sören Bartol



Uwe Beckmeyer



Ernst-Dieter Rossmann



Garrelt Duin



Matthias Miersch

welche Investitionen für die wirtschaftliche und ökologische Modernisierung notwendig sind. Sie suchen aber auch nach neuen Lösungen der Bürgerbeteiligung, um Legitimität und Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu erhöhen.



Anette Kramme



Siegmund Ehrmann



Lars Klingbeil

Das Projekt „**Ordnung für Arbeit / Kreativpakt**“ vereint zwei Teilprojekte. Anette Kramme, Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil entwickeln ein Konzept für eine neue Ordnung des Arbeitsmarktes und gehen der Frage nach, wie die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung gefördert werden können.



Nicolette Kressl



Carsten Schneider

Nicolette Kressl und Carsten Schneider bündeln die Arbeit an einem neuen „**Steuer- und Finanzierungskonzept**“. Sie untersuchen, wie ein neuer Lastenausgleich gestaltet werden muss, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren, staatliche Handlungsfähigkeit zu bewahren, Zukunftsaufgaben zu finanzieren und untere sowie mittlere Einkommen zu entlasten.

Im Projekt „**Ganztagschule**“ unter Leitung von Ernst-Dieter Rossmann wird gefragt, wie die Ganztagschule der Zukunft aussehen kann. Ziel ist ein Konzept zum quantitativen Ausbau der Ganztagschulen und zur qualitativen Weiterentwicklung der Schulen zu einem gesellschaftlichen Ort.

In der Projektgruppe „**Integration**“ soll das von der SPD-Bundestagsfraktion im Januar beschlossene Integrationskonzept diskutiert und weiterentwickelt werden. Aydan Özoguz führt dazu den Dialog mit Migrantinnen und Migranten sowie weiteren wichtigen gesellschaftlichen Gruppen.

Aydan Özoguz führt dazu den Dialog mit Migrantinnen und Migranten sowie weiteren wichtigen gesellschaftlichen Gruppen.



Christel Humme



Caren Marks

In der Projektgruppe „**Gleichstellung**“ werden Christel Humme und Caren Marks die bereits erarbeiteten Konzepte zur Lohngleichheit und zur Quote für Führungspositionen im Gespräch mit Frauen, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden konkretisieren und weiterentwickeln. Sie fragen aber auch, welche weiteren Maßnahmen und Instrumente notwendig sind, um Gleichstellung und mehr Partnerschaftlichkeit zu erreichen.



Sabine Bätzing-Lichtenthäler



Franz Müntefering

Das Projekt „**Generationenpolitik**“ entwirft ein Konzept für eine Generationenpolitik, die über die Bürgerversicherung in Pflege und Gesundheit hinausgeht. Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering gehen den Fragen nach, wie junge Menschen unterstützt, die mittleren Jahrgänge entlastet und die aktive Teilhabe Älterer gefördert werden können. ■

Meldungen

Altersarmut verhindern

Über 20 Jahre nach der Wende sind die Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen Ost und West immer noch groß. Hohe Arbeitslosigkeit als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und ein um fast 20 Prozent geringeres Lohnniveau sorgen dafür, dass die Gefahr der Altersarmut für die Zugangsgeneratoren der nächsten Jahre im Osten wesentlich größer sein wird als im Westen. 20 Jahre nach der Verabschiedung des Renten-Überleitungs-Gesetzes will die SPD-Bundestagsfraktion mit einer Großen Anfrage an die Bundesregierung die „**Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland**“ ausloten. Ziel ist nicht nur, in einer Bundestagsdebatte eine Bilanz des bisher Erreichten zu ziehen, sondern auch Lösungen für die Herausforderungen zu finden, die sich aus dem Lohngefälle zwischen Ost und West für die Altersrente ergeben. Schwarz-Gelb hat im Koalitionsvertrag angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem zu schaffen, bisher aber noch nichts vorgelegt. ■

Rüstungsexporte eindämmen

Deutschland ist mit einem Anteil von elf Prozent nach den USA und Russland weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Unter Rot-Grün verpflichtete sich Deutschland im Jahr 2000 zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik und zu einer umsichtigen Genehmigungspraxis von Exportgeschäften. Die schwarz-gelbe Bundesregierung rückt von dieser Praxis wieder ab. Die SPD-Fraktion hat in einem aktuellen Antrag gefordert, zu einer restriktiveren Genehmigungspraxis zurückzukehren. Zudem müsse der Bundestag frühzeitig in den Entscheidungsprozess über Rüstungsexporte eingebunden werden. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Vorgestellt



Petra Merkel

Die Berliner **Petra Merkel** (63) ist 2009 zum dritten Mal direkt im Wahlkreis Berlin-Charlottenburg / Wilmersdorf in den Bundestag gewählt worden. Ihrer Devise „Ohne eindeutige Entscheidungen geht es nicht!“ ist sie seit 2002 als **MdB** stets treu geblieben. Seit Dezember 2005 ist die ehemalige kaufmännische Angestellte Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. In der 17. Legislaturperiode ist sie außerdem – als erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik – zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt worden. ■



Uwe Beckmeyer

Seit 2002 ist **Uwe Beckmeyer** (62) durch sein Direktmandat im Wahlkreis Bremen II-Bremerhaven Bundestagsabgeordneter. Der Bremer Senator a.D. ist seit 2004 Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und fordert einen neuen Infrastrukturkonsens in Deutschland. „Die schwarzgelbe Koalition ist ohne Ziel in der Verkehrspolitik“, kritisiert er. „Sie ist auch nicht in der Lage, den Menschen zu erklären, warum wir bestimmte Infrastrukturprojekte brauchen.“ Seit 2009 ist der Bremer auch „Lotse der SPD-Küstenang“, in der sich **MdB** der fünf norddeutschen Bundesländer zusammengeschlossen haben, um die Interessen der Küstenregionen zu vertreten. ■

Europa braucht Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Mit ihrem Zickzack-Kurs schadet die Kanzlerin Europa.

// „Notwendig, aber nicht hinreichend“ sind aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion die Beschlüsse des EU-Gipfels Ende März zur Finanzkrise. //

Wieder einmal stand ein Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Und wieder einmal reicht aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion das am 24./25. März beschlossene Maßnahmenpaket nicht aus, um die Finanzkrise zu bewältigen und zu nachhaltigem Wachstum in der EU zurückzukehren. „So wird man zukünftige Krisen nicht überwinden“, urteilen SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer und der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Roth.

Unterstützt wird von der SPD-Bundestagsfraktion die beschlossene Einrichtung eines permanenten Krisenfonds, der so genannte „Europäische Stabilisierungsmechanismus“ (ESM), der den bisherigen, bis 2013 befristeten Rettungsschirm EFSF ablösen soll. Die Maßnahmen reichten aber nicht, um die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft wiederherzustellen. Die Bundesregierung bleibe weiter bei ihrem Klein-Klein und risikiere mit ihrem Verhalten, dass die Kosten der Krise weiter ansteigen.

So muss aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion auch bei den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in der EU endlich gehandelt werden. Denn auch der Leistungsbilanzüberschuss von Deutschland, dem Land, das am stärksten von Euro profitiert, ist ein Problem für die Währungsunion. Hierzulande muss endlich die Binnennachfrage gestärkt werden, die am Boden ist, weil die Löhne seit Jahren nicht dem Produktivitätsfortschritt entsprechen. Und Länder mit Leistungsbilanzdefiziten brauchen Impulse für Wachstum und Beschäftigung, damit sie wieder „auf die Füße“ kommen. Erst das versetzt sie in die Lage, ihre Haushalte nachhaltig zu konsolidieren. Ihnen allein eine rigide Sparpolitik zu verordnen, reicht nicht aus.

Auch bei der überfälligen, von der SPD seit langem geforderten Koordination der Wirtschaftspolitik bleibt es nur bei „Lippenbekenntnissen“, so Schäfer und Roth. Die Mitglieder der Eurozone und sechs weitere EU-Staaten haben



Nur Sparen reicht nicht: Europa braucht Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität, um wieder fit für die Zukunft zu werden.

sich auf den „Euro-Plus-Pakt“ verständigt. Diesen Pakt versuche die Bundeskanzlerin als umfassenden Ansatz der wirtschaftspolitischen Koordinierung zu verkaufen. Doch aus Sicht der SPD-Fraktion ist er nur ein „zahnloser Tiger“. Weder bestehe Verbindlichkeit, noch existierten Kontrollinstrumente.

„Mit dieser Bundesregierung gibt es keinen Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität“, lautet das Fazit von Schäfer und Roth. Sie gestalten nicht aktiv, sondern hinke immer nur der Krise hinterher. „Wir machen Europa nur wieder fit, wenn es endlich europaweit Mindestlöhne gibt, mehr in Bildung, Erneuerbare Energie und Forschung investiert wird und unfairer Steuerwettbewerb ausgeschlossen wird“, fordern die beiden Abgeordneten. Notwendig ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion vor allem auch eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte und die Beteiligung der Verursacher der Krise an ihren Kosten. Doch auch hier gibt es von der Kanzlerin nur „Lippenbekenntnisse“, etwa in Sachen Finanztransaktionssteuer. Für die SPD-Fraktion steht fest: Eine solche Steuer

muss sofort her, auch wenn sich nur einige Staaten beteiligen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Termine

- 1. Mai Tag der Arbeit**
- 3. Mai „Energiewende jetzt! Den Atomausstieg gestalten“,** Berkenthin
- 3. Mai Fair statt prekär“,** Darmstadt
- 4. Mai „Integration – Miteinander statt Gegeneinander“,** Aichach
- 5. Mai „Die Bürgerversicherung“,** Bremen
- 17. Mai „Bezahlbare Gesundheit für alle“,** Gelsenkirchen
- Weitere Termine:**
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
 Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Redaktionsschluss: 14. April 2011
 Herstellung: Network Media GmbH
 Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel
 Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke, Timm Steinborn
 Druck: Frankenpost Verlag GmbH
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
 Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800